



Fraktion der
Grün-Alternative Liste Ennigerloh
im Rat der Stadt Ennigerloh



Haushaltsrede 2010 der GAL Ennigerloh

Wenn wir heute über den Ennigerloher Haushalt reden, muss natürlich auch über die Rahmenbedingungen gesprochen werden, die den Handlungsspielraum für Kommunalpolitik immer mehr einschränken.

Dabei spielen natürlich auch die Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise eine große Rolle. Seit rund drei Jahrzehnten gilt eine Deregulierung der Finanzmärkte als modern. Auf der Suche nach immer höheren Renditen waren Regeln störend. Diese Deregulierungen führten zu einer wahren Geldschwemme auf den weltweiten Finanzmärkten.

Aber auch die Propaganda für die private Altersvorsorge hat zu einer weiteren Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen. Rund ein Drittel, 30 Billionen Dollar, des weltweit angelegten Vermögens steckt in Pensionsfonds. Diese Beiträge der privaten Altersvorsorge sind genauso "sicher" wie die Entwicklung der Finanzmärkte.

Unsere Bundesregierung hat auf die Krise nur halbherzig reagiert. Von den anfangs versprochenen festen und demokratisch kontrollierten Regeln des Bankenwesens ist nicht viel übrig geblieben. Um den Bankenkollaps zu verhindern, wurde ein 480 Milliarden schwerer Rettungsschirm gespannt. Und wer bezahlt diese Nothilfe? Natürlich wir Steuerzahler. Weil die Banken nun ihre Schrottpapiere in so genannten schlechten Banken, den Bad Banks, zwischenlagern und vielleicht auch entsorgen können, zocken die Banken mittlerweile in unverschämter Art und Weise weiter. Sie haben nämlich aus der Bankenkrise gelernt, dass Verluste vom Staat getragen werden, während Gewinne weiterhin in private Taschen fließen.

Diese milliardenschweren Rettungsaktionen der Banken belasten indirekt natürlich die öffentlichen Haushalte. Und genau dieses ist nicht akzeptierbar. Der Rettungsschirm der Banken darf nicht zu Lasten der öffentlichen Daseinsvorsorge und unserer Zukunft gehen. Wir brauchen mehr und nicht weniger Ausgaben für Bildung, Erziehung, für eine bessere Infrastruktur und den ökologischen Umbau Ennigerlohs.

Aber es gibt für die Zukunft zwei Dinge, die dieses verhindern werden. Das ist zum einen das Schuldenbegrenzungsgesetz und zum anderen die Drohung unserer Bundesregierung, die Steuern noch weiter zu senken. Beides wird dazu führen, dass zum einen der Staat, und damit auch Ennigerloh, noch ärmer wird, zum anderen, dass es weitere Kürzungen der Sozialleistungen geben wird. Für die GAL stimmt auch weiterhin, dass sich nur Reiche einen armen Staat leisten können.

Verschärft wird die miserable Finanzausstattung der Kommunen durch einen nicht ausreichenden Finanzausgleich für Aufgabenzuweisungen von Bund und Land. Ob es nun um die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose, um die Eingliederungsbeihilfen für Behinderte, die Kosten für den Ausbau der Kinderbetreuung oder um den Ausbau der offenen Ganztagschulen geht. In allen Bereichen werden die Kommunen mit der finanziellen Belastung für diese zusätzlichen Aufgaben von Bund und Land alleine gelassen. Damit wird vom Bund und Land gegen den § 28 unseres Grundgesetzes verstoßen, nach dem die Kommunen zur Gewährung der kommunalen Selbstverwaltung auch mit den Mitteln einer finanziellen Eigenverantwortung



**Fraktion der
Grün-Alternative Liste Ennigerloh
im Rat der Stadt Ennigerloh**

ausgestattet werden müssen. Hier wäre vielleicht mal eine gesetzliche Überprüfung der Übertragung von öffentlichen Aufgaben der Kommunen durch Bund und Land sinnvoll.

Nach § 78 unserer Landesverfassung ist die Übertragung von Bundes- oder Landesaufgaben auf die Kommunen zwar zulässig. Aber nicht ausgeglichene Kosten sollen für die Zukunft angepasst werden. Mit der gegenwärtigen Praxis der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen für die Übernahme öffentlicher Aufgaben wird permanent gegen die kommunale Selbstverwaltung verstoßen, indem uns die finanzielle Grundlage dafür vorenthalten wird. Auch die jetzt wieder diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer, bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils an der Einkommenssteuer, würde daran nichts ändern. Um Druck auf Bund und Land auszuüben, wäre zu überlegen, ob wir nicht in einer Form von kommunalem Ungehorsam die Übernahme von nicht voll gegenfinanzierten Pflichtaufgaben verweigern sollten. Nur dieses würde zu einem ernsthaften Überdenken der derzeitigen Praxis führen. Vielleicht sollten sich die Bürgermeister NRW's dazu aufrufen, in Düsseldorf vor dem Landtag persönlich und gemeinsam zu demonstrieren, wie es vor Jahren die Bürgermeister in Bayern vorgemacht haben.

Ich möchte an dieser Stelle auch kurz auf das Thema Hartz IV eingehen. Die beiden Urteile zu Hartz IV werden bei uns vor Ort natürlich ihre Auswirkungen haben. Zum einen geht es im letzten Urteil um die Berechnung der Regelsätze. Danach ist es nicht zulässig, dass der Regelsatz für Kinder pauschal vom Regelsatz für Erwachsene berechnet wird, sondern der Bedarf muss ganz konkret berechnet werden. Gleichzeitig wurde in der Begründung darauf hingewiesen, dass mit der Höhe des Hartz-IV- Regelsatzes die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gewährleistet werden muss. Dieses muss natürlich zu einer grundsätzlichen Erhöhung aller Regelsätze führen. Damit hat das Bundesverfassungsgericht ein wichtiges Grundsatzurteil zur Armutsbekämpfung gefällt. Die GAL Ennigerloh hofft natürlich darauf, dass damit auch zukünftig die tatsächlichen Mietkosten angerechnet werden und nicht mehr mit der willkürlichen Festlegung einer zulässigen Höchstmiete der Regelsatz um den jeweiligen Eigenanteil gekürzt wird. Kritisiert werden muss auch die nicht weitergegebene Kindergelderhöhung und des Unterhaltsgeldes für die Kinder von getrennt lebenden oder geschiedenen Elternteilen an die Hartz-IV - Empfänger. Dass dieses Geld nicht bei den Kindern ankommt, sondern von den Arbeitsgemeinschaften als Einkommen angerechnet wird, ist ein Skandal. Dass mit diesen Geldern die Kosten der Argen subventioniert werden, ist nicht mit den Zielen dieser Erhöhung vereinbar.

Das zweite Urteil betrifft die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften. Die bisherige Form der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung wurde für verfassungswidrig erklärt. Nun gibt es ja die Diskussion, ob mit einer Grundgesetzänderung dieses geändert werden soll oder ob mit einer Ausweitung der Optionsmodelle die Arbeitsmarktpolitik kommunalisiert werden soll. Im Sozialausschuss des Kreises hat es nun den Beschluss gegeben, zukünftig das Optionsmodell einzuführen, wenn der Anteil der Optionskommunen erweitert und die Befristung aufgehoben wird. Dieses hält die GAL für einen Schritt in die falsche Richtung. Denn für Alg2-Bezieher erweist sich die Perspektive in den Optionskommunen als besonders düster. Im Bereich der Optionskommunen ist der Anteil der Menschen, die nach einer Aufnahme von Arbeit ergänzend Hartz- IV- Leistungen beziehen, besonders hoch. Dass Kommunen 1-€-Jobs zum illegalen Personalabbau missbrauchen ist amtlich. Seit Jahren rügt der Bundesrechnungshof die gesetzeswidrige Praxis vieler Städte und Kommunen bei dem Einsatz von 1-€-JobberInnen zum Nulltarif. Bei zwei Dritteln ist mindestens eine der Fördervoraussetzung nicht erfüllt. Darum muss auch zukünftig die Arbeitsmarktpolitik bei der BA für Arbeit bleiben. Die GAL setzt sich deshalb dafür ein, dass die bestehende Form der Arbeitsgemeinschaften, durch eine Grundgesetzänderung, bestehen bleiben soll. Eine Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik ist der falsche Weg.

Aber nicht nur Bund, Land und Kreis treffen aus Sicht der GAL falsche Entscheidungen. Auch in der Beratung dieses Haushaltes wurden in den Ausschüssen Entscheidungen getroffen, die nicht den gegebenen sozialen und ökologischen Notwendigkeiten entsprechen.



**Fraktion der
Grün-Alternative Liste Ennigerloh
im Rat der Stadt Ennigerloh**

Dass der Bereich der offenen Ganztagschulen ausgeweitet wird, ist natürlich der richtige Weg. Darum freut es uns, dass unser Antrag, auch an der Jakobus Grundschule die offene Ganztagschule einzuführen, einstimmig angenommen wurde. Aber zu einer Ganztagschule gehört natürlich auch das gemeinsame Mittagessen. Darum haben wir kein Verständnis dafür, Kindern aus Hartz- IV- Familien nicht die kostenlose Teilnahme am Mittagessen zu gewähren. Dieses wäre auch in Verbindung mit dem Familienpass, wie es die Verwaltungsvorlage vorsah, möglich gewesen. Aber leider setzte sich der Antrag der SPD durch. Alle Kinder erhalten nun weiterhin, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, für einen Euro ein Mittagessen. Dieses hat weder etwas mit Sozialpolitik noch mit Armutsbekämpfung zu tun. Mit dem Gießkannenprinzip einkommensunabhängige Zuschüsse zu zahlen, wird der aktuellen Zunahme von Kinderarmut nicht gerecht.

Auch mit unserem Antrag zum Familienpass, die Leistungen für Kinder aus Familien mit Hartz –IV- Bezug von 50 % auf 75 % Zuschuss zu erhöhen, haben wir uns bislang nicht durchsetzen können.

Stattdessen werden lieber auch weiterhin Millionen von öffentlichen Geldern für eine ökologisch völlig verfehlte Verkehrspolitik verschwendet. Hier ist vor allem die SPD-Fraktion zu kritisieren. Ihr Antrag, angesichts der angespannten Finanzlage Ennigerlohs auf alle geplanten Straßenneubauten zu verzichten, war zwar auch nur halbherzig, zeigte aber zu mindestens in die richtige Richtung. Dass die SPD dann in der Diskussion die unsinnigste und teuerste Straßenbaumaßnahme, den Autobahnzubringer zur Mülldeponie, herausnahm, machte ihren Antrag eigentlich überflüssig. Vor allem weil die SPD über Jahre damit argumentiert hatte, dass sie dem so genannten Ostring erst dann zustimmen werde, wenn die Oelder Strasse für den Schwerlastverkehr ausgebaut ist und die Eisenbahnbrücke in Oelde ausgebaut wurde. Aber heute folgt die SPD der CDU blind bei dem hemmungslosen Bau immer weiterer Straßen. Damit wird ein unverantwortlicher Flächenverbrauch und eine zunehmende Betonierung unserer Landschaft in Kauf genommen. Auch nimmt man nicht zur Kenntnis, dass auch die Bevölkerungszahl in Ennigerloh, wie in ganz Deutschland, drastisch abnehmen wird. Das immer weniger Menschen immer mehr Flächen verbrauchen, passt einfach nicht zusammen.

Wenn diese Aussagen aus allen möglichen Gutachten außer acht gelassen werden, sollten wir uns, bei der Beratungsresistenz unseres Rates, zukünftig teure Gutachten ersparen.

Auf jeden Fall macht der Ostring keinen Sinn. Er führt zu keiner Verkehrsentlastung Ennigerlohs. Er führt auch zu keiner Entlastung Ostfeldes, von den Müllfahrzeugen aus Richtung Gütersloh einmal abgesehen. Der Ostring hat keine Bedeutung für den Durchgangsverkehr, sondern bedient ausschließlich den Zielverkehr Richtung Mülldeponie. Der Ostring ist auch alleine unter dem finanziellen Aspekt unverantwortlich. Obwohl wir uns in den nächsten Jahren mit dem Haushaltssicherungsgesetz befassen müssen, verpulvern wir in unverantwortlicher Art und Weise ca. 3,5 Millionen Euro öffentlicher Gelder. Unser Antrag, die geplanten 500.000 Euro aus dem Haushalt zu nehmen, wäre die einzig richtige verkehrspolitische Entscheidung. Dass es der CDU nicht schnell genug mit dem Bau des Ostrings geht, verwundert uns natürlich nicht. Denn die CDU träumt ja davon, den Betonring um Ennigerloh immer enger zu ziehen und nach dem Ostring den Weiterbau Richtung Neubeckumer Straße in Angriff zu nehmen. Damit würde nicht nur die Tierwelt immer mehr in ihrem Lebensraum eingeschränkt, sondern auch unsere Kinder hätten immer weniger Raum, um sich zu bewegen. Darum muss diesem Straßenbauwahn unbedingt ein Ende gesetzt werden.

Viel Geld hat die Stadt Ennigerloh in den letzten beiden Jahren auch im Bereich des Sportstättenbaus ausgegeben. Für rund 1,5 Millionen Euro wurden die städtischen Sportanlagen ausgebaut. Damit wurden sowohl notwendige wie auch großzügige Maßnahmen finanziert. In diesem Jahr werden weitere 100.000 Euro ausgegeben. Diesmal aber zum ersten Mal als Sportanlagenrückbauprogramm. Die Sportanlage an der Olympiahalle wird nämlich für dieses Geld für den Spielbetrieb unbrauchbar gemacht. Während den drei Vereinen in den Ennigerloher Ortsteilen mit rund 9000 Einwohnern 6 Plätze zur Verfügung stehen, stehen der SG Ennigerloh und dem SuS Ennigerloh in Ennigerloh-Mitte bei 11000 Einwohnern nur noch 2 Plätze zur Verfügung. Unabhängig davon, ob die SG Ennigerloh und der SuS Ennigerloh zukünftig gemeinsam eine



**Fraktion der
Grün-Alternative Liste Ennigerloh
im Rat der Stadt Ennigerloh**

Anlage nutzen oder auf getrennten Anlagen Fußball spielen werden, ist dieses nicht ausreichend. Darum sollte der Rückbau des Fußballplatzes so durchgeführt werden, dass er mit wenig Geld wieder rückgängig gemacht werden kann. Denn wir werden kurzfristig entscheiden müssen, ob wir einen weiteren Platz am Stavernbusch bauen müssen oder wieder an anderer Stelle einen weiteren Platz anlegen. Da wäre der bisherige Platz an der Olympiahalle natürlich die preiswerteste Lösung.

Hätte die Ratsmehrheit im letzten Jahr übrigens auf CDU und GAL gehört, dann hätte man mit den 500.000 Euro für den Kunstrasenplatz in Enniger sowohl den dortigen Tennenplatz erneuern, den SG- Platz in ein Schul- und Vereinssportgelände ausbauen und am Stavernbusch einen dritten Platz anlegen können. Aber es ist ja leider, der SuS Enniger wird natürlich sagen: zum Glück, anders entschieden worden.

Die GAL Ennigerloh hält auch die Situation der Ennigerloher Spielplätze für unbefriedigend und nicht ausreichend. Die Spielplätze sind ausschließlich für Kleinkinder angelegt. Auf ihnen können Kinder ihre Kreativität und spielerische Phantasie nicht ausleben. Darum haben wir nun den Antrag für den Bau eines betreuten Aktiv-, Bau- und Abenteuerspielplatzes auf den Weg gebracht. Die Verwaltung hat zugesagt, dass sie sich sachkundig machen wolle, um dann den Antrag der GAL im zuständigen SKSS Ausschuss zu beraten. Natürlich hoffen wir dann, für diesen Antrag eine Mehrheit zubekommen, denn wir sind noch weit von einer kinder- und familienfreundlichen Gemeinde entfernt.

Wichtig ist es der GAL auch, dass Ennigerloh zukünftig aktiv Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekämpft. Es darf nicht sein, dass Betriebe, die keine sozialen und ökologischen Mindeststandards einhalten, auch noch mit öffentlichen Aufträgen belohnt werden.

Darum wurde die Verwaltung nun beauftragt, die Ausschreibungskriterien für öffentliche Aufträge und Beschaffung von Verbrauchsmaterialien zu überarbeiten. Es dürfen zukünftig nur Betriebe öffentliche Aufträge bekommen, die tarifgebunden sind oder deren Lohn sich am Tariflohn orientiert, die keine Leiharbeiter beschäftigen oder die Aufträge an Subunternehmen weiterleiten, die ausbilden, deren Produkte nicht durch Kinderarbeit hergestellt werden und die nachweisen, dass geltende Gesetze bezüglich Gesundheitsschutz und Arbeitsplatzsicherheit eingehalten werden. Das alles sind für uns wichtige Mindeststandards, die bei öffentlichen Aufträgen eingehalten werden müssen. Nur dadurch ist auch ein fairer Wettbewerb und Chancengleichheit für die vielen Betriebe gegeben, in denen Tarife und Gesetze eingehalten werden. Tarif- und Gesetzes-Verstöße dürfen nicht noch mit öffentlichen Aufträgen belohnt werden.

Die GAL Ennigerloh hält den vorliegenden Haushalt für nicht zustimmungsfähig und wird deshalb den Haushalt ablehnen.

Zum Schluss noch einige Sätze zum Stellenplan. Hier wurde in unserer Fraktion sehr kontrovers diskutiert. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob der Stellenabbau von 5,5 Stellen noch zu verantworten ist, ob es für eine weitere Leistungsverdichtung in der Verwaltung noch Spielraum gibt. Hier fand die GAL zum Abschluss der Diskussion keinen gemeinsamen Beschluss. Deshalb wird sich die GAL Ennigerloh zum Stellenplan der Verwaltung der Stimme enthalten.